

# Der aktuelle Fraktionsreport



im Landtag

5 / April 2003

## „Blockade“ im Landtag?

**Oder: Wie es dazu kam, dass auf der Landtags-sitzung im April kein Antrag der Fraktionen von PDS und SPD auf der Tagesordnung stand**

Die PDS-Fraktion hatte insgesamt acht Anträge für die Landtags-sitzung vorbereitet. Darunter „Aktive Arbeitsmarkt-politik ist notwendig“, „Ost-komponente in Agenda 2010“, „Erhöhung der Gewerbesteuerumlage zurücknehmen“, „Errichtung einer Theaterintendanten- und Orchesterkonferenz des Landes M-V“. Aus mir nicht verständlichen Gründen wurden sämtliche Anträge – mit einer Ausnahme – von der SPD nicht mitgetragen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum ausgerechnet Themen nicht auf die Tagesordnung sollen, die die Menschen im Land bewe-

gen – und das nach der Grundsatzrede des Bundeskanzlers.

Die PDS-Fraktion ist nicht länger bereit, Auseinandersetzungen mit dem Koalitionspartner hinter verschlossenen Türen auszutragen. Sie sollen für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar sein. Darauf hat nicht zuletzt der Wähler ein Recht. Dafür hat auch die Landtagssitzung ein Zeichen gesetzt, insbesondere weil ein Antrag der CDU die Gelegenheit gegeben hat, über die Grundsatzrede des Bundeskanzlers zu debattieren.“

**Angelika Gramkow**

## „Sport verbindet eben doch!“

„Beim Sport haben wir es schon mehrfach geschafft, parteiübergreifend einer Meinung zu sein. Sport verbindet eben doch!“ - so **Andreas Bluhm** in seiner Rede zum Tagesordnungspunkt der letzten Landtagssitzung, in dem es um die Unterstützung der Bewerbung Mecklenburg-Vorpommerns als Austragungsort für die olympischen Segelwettbewerbe im Jahre 2012 ging. Eine Initialzündung haben die vielen Aktivitäten zur Bewerbung in unserem Land ausgelöst. Nutzen wir diese, um das Interesse für den Sport im Sportverein oder auch nur für die körperliche Betätigung weiter zu fördern. Das Motto des Nationalen Olympischen Komitees lau-

tet „Olympia tut Deutschland gut“. Die Bewerbung M-V für die Segelwettbewerbe ist Bestandteil der Bewerbung der Bundesrepublik.

„Die deutsche Bewerbung muss von Begeisterung, von Kreativität und Liebesswürdigkeit getragen werden“, so der Präsident des NOK Klaus Steinbach. Und diese Anforderungen haben die Mecklenburger und Vorpommern schon erfüllt, denn: Wir haben gute Ideen, gute Konzepte, ein gutes Leitbild, hohe Originalität und einen riesigen Rückhalt in der Bevölkerung. Und mit einem solchen Höhepunkt werden sich neue Möglichkeiten, neue Initiativen für die Entwicklung unseres Landes ergeben.

## Vorstand der Fraktion traf sich mit Gewerkschaftern

Vertreter von DGB, ver.di, IG Metall, GDP, GEW und IG BAU haben sich am 2. April mit der Spitze der PDS-Fraktion im Landtag getroffen. Dabei ging es um einen Meinungsaustausch über die Themen Tarifreuegesetz, Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Verwaltungsreform, Ausbildungsplatzsituation, Berufsschulen und Sonntagöffnungszeiten.

**Ingo Schlüter**, stellvertretender DGB-Nord-Vorsitzender sagte nach dem Gespräch: „Bei einer Reihe von Themen gibt es große Gemeinsamkeiten in der Einschätzung. So will die PDS so schnell wie möglich ein Tarifreuegesetz für Mecklenburg-Vorpommern und lehnt wie wir die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in der von der Bundesregierung geplanten Form strikt ab. Große Übereinstimmungen gibt es auch in der Bewertung der Jugendarbeitslosigkeit.“ Der DGB Nord halte regelmäßige Treffen mit der PDS für wichtig und wolle sie fortsetzen.

„Nicht zuletzt eint uns der Einsatz für den Frieden“, ergänzte die PDS-Fraktionsvorsitzende **Angelika Gramkow**. Deshalb wurde auf dem Treffen folgende **Resolution** verabschiedet:

### **Wir wollen Frieden!**

*In der dritten Woche führen die USA und ihre Verbündeten Krieg gegen den Irak. Es ist ein Krieg gegen den Willen der übergroßen Mehrheit der Weltbevölkerung und gegen die Prinzipien des internationalen Völkerrechts. Es ist nicht nur ein Krieg gegen ein verbrecherisches Regime, es geht auch um Öl und Profit.*

*Millionenfach haben Bürgerinnen und Bürger weltweit deutlich gemacht: Wir wollen diesen Krieg nicht. Krieg löst keine Probleme, Krieg ist das Problem. Wir wollen Frieden. Wir haben die Proteste gegen den Krieg unterstützt und werden sie weiter unterstützen. Wir fordern die sofortige Beendigung des Bombens im Irak.*

## Konferenz der PDS-Landtagsfraktionen gegründet

Die PDS-Fraktionsvorsitzenden der Länderparlamente haben auf ihrer Beratung am 3. April in Schwerin die „Konferenz der PDS-Landtagsfraktionen“ gegründet.

„Dieses Arbeitsgremium dient der Koordinierung und politischen Bewertung der parlamentarischen Arbeit in den Ländern“, sagte Frakti-

onsvorsitzende **Angelika Gramkow**. Schwerpunkte sind die Abstimmung zu bundespolitischen Themen sowie die Unterstützung der PDS-Abgeordneten im Bundestag.

Als Vorsitzender der Konferenz wurde der PDS-Fraktionsvorsitzende in Brandenburg, Lothar Bisky, gewählt.

## Keine höheren Diäten

Zustimmung im Landtag fand die Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Kurz: es ging um die Aussetzung der Anpassung der Entschädigungen für Abgeordnete entsprechend der vom Landesamt für Statistik ermittelten allgemeinen Preisentwicklung.

Der fraktionsübergreifende Entscheidungsvorschlag, diese Anpassung für 2003 auszusetzen, ist Ausdruck von Realitätssinn. In einer Zeit, die in unserem Land mit höchster Arbeitslosigkeit und wachsenden Haushaltsdefiziten verbunden ist, wären höhere Abgeordnetendiäten zu Recht Anlass für lautstarke Kritik.

**Der aktuelle Fraktionsreport** wird herausgegeben von der PDS-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Tel. 0385/5252500, Redaktionsschluss: 10. 04. 2003.

## Nachtragshaushalt 2003 mit Herz und Verstand

Die abschließende Beratung zum Nachtragshaushalt 2002/2003 war Thema der vergangenen Landtagssitzung.

Das Land hat dramatische Einnahmeausfälle und Ausgabenwüchse zu verkraften, die Nettokreditaufnahme wurde von 255,7 Mio. Euro auf 826 Mio. Euro angehoben. Und trotzdem: Trotz engstem Finanzkorsett wurden Akzente gesetzt und Gestaltungsspielräume genutzt. So konnten erreicht werden:

- keine Absenkung der Investitionen in Wirtschaft und Infrastruktur,
- Programme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, gemeinwohlorientierte Arbeitsförderprojekte, Programm Jugend- und Schulsozialarbeit, Initiativfonds werden fortgeführt,
- Zukunftsfonds (Technolo-

gieförderung und Risikokapital für Unternehmen) bleibt unangetastet,

- Land trifft zusätzliche finanzielle Vorsorge, dass jeder Jugendliche, der es möchte, einen Ausbildungsplatz erhält,
- finanzielle Mittel für Ausgestaltung und Verbesserung von Schule/Hochschule bereitgestellt, mehr Mittel zur Sicherung der Unterrichtsversorgung,
- M-V hat als einziges Land Steuerausfälle nicht an Kommunen weitergereicht, d. h. keine Einschnitte bei der Finanzausstattung der Kommunen.

Die erzielten Verbesserungen bei den Beratungen zum Nachtragshaushalt 2003 entnehmen Sie aus der unten stehenden Tabelle.

## Rettet die Kommunen!

Zur Demonstration von Bürgermeistern und Gemeindevertretern am 9. April gegen die zum Teil besorgniserregende finanzielle Situation der Kommunen erklärt die kommunalpolitische Sprecherin der PDS-Landtagsfraktion, **Gabi Schulz**:

*„Das Anliegen der Kommunen, auf ihre bedrohliche Finanzsituation aufmerksam zu machen, ist berechtigt.*

*Hier ist Gegensteuern der Politik gefragt. Mit Blick Richtung Berlin müssen Landesregierung und Kommunen ‚Hand in Hand‘ eine zügige und vor allem den Kommunen dienende Gemeindefinanzreform anmahnen. Nach jahrelangen Aufgabenverschiebungen ist nun eine nachhaltige Finanzverschiebung zugunsten der Kommunen nötig. Kosmetik reicht hier nicht mehr.*

*Bezogen auf die Landespolitik ist das Machbare einzufordern und umzusetzen. Die PDS-Fraktion wird die im Koalitionsvertrag garantierte finanzielle Mindestausstattung der Kommunen gegen eventuelle finanzpolitische Begehrlichkeiten verteidigen. Damit wird ein kleiner, aber sehr wichtiger Beitrag für die notwendige Planungssicherheit der Kommunen geleistet. Die anstehende Verwaltungsreform im Lande sollte zügig und rechtssicher umgesetzt werden. An den erwarteten finanziellen Einsparungen sind die Kommunen des Landes angemessen zu beteiligen.*

*Landespolitik ist zwar nicht auf Kommunalpolitik zu reduzieren, gleichzeitig aber ist Landespolitik mit handlungsunfähigen Kommunen nicht möglich.“*

Zu dem von der CDU konstruierten Wunsch Katalog verwies Frau Schulz auf eine strikte Ablehnung genau dieser Forderungen durch die CDU-geführte sächsische Landesregierung.

### Erzielte Verbesserungen bei den Beratungen zum Nachtragshaushalt 2003

Zweck	Haushaltsplan 2003	Nachtragshaushalt 2003	Verbesserung
Schuldner und Insolvenzberatung	4.652.500 Eur	4.085.900 Eur	+ 170.000 Eur
Integrationsproj. Lesben/Schwule	69.000 Eur	45.000 Eur	+ 60.000 Eur
Suchtprävention, Bekämpfung Suchtmittelmissbrauch	1.497.700 Eur	1.338.400 Eur	+ 159.300 Eur
Landesjugendring	259.900 Eur	235.700 Eur	+ 10.000 Eur
Frauen-/Mädchenhäuser, Beratungsstellen	1.576.700 Eur	1.435.400 Eur	+ 130.000 Eur
lokale Projekte			
Kriminalitätsvorb.	295.100 Eur	267.700 Eur	+ 10.000 Eur
Jugendverbandsarbeit			
Brandschutz	75.200 Eur	66.500 Eur	+ 8.700 Eur
freiwillige Straffälligenhilfe	153.400 Eur	98.400 Eur	+ 55.000 Eur
Musikschulen	3.572.000 Eur	3.265.900 Eur	+ 150.000 Eur
Bibliotheken	341.900 Eur	310.100 Eur	+ 30.000 Eur
Gedenkstätten, Wehrmachtsausstellung	222.600 Eur	201.900 Eur	+ 75.000 Eur
Kommunale Agenden/ Öko-Audits	302.000 Eur	269.400 Eur	+ 32.600 Eur
Pflege-Nutzung Moore	127.800 Eur	88.700 Eur	+ 39.100 Eur
Naturschutzvereine/-verb.	214.400 Eur	195.900 Eur	+ 18.500 Eur
Investitionen nachw. Rohst.	191.700 Eur	87.500 Eur	+ 104.200 Eur
<b>Summe</b>		<b>1.007.400 Eur</b>	

# Zukunft Mecklenburg-Vorpommern im Kontext der Bundespolitik

Am 15. Februar 2003 titelte die „TAZ“ Berlin: „Deutschlands neue Hoffnung: Kranke, Alte, Arbeitslose“. Der Bundeskanzler hatte am Tag zuvor die „Agenda 2010“ vorgelegt. Hat die Agenda diese Überschrift verdient?

Deutschlands neue Hoffnung – ist dies auch die Hoffnung für Mecklenburg-Vorpommern? Die Agenda soll Anreize für Arbeit, Konsum und Investitionen bringen. Sie soll Reformenansätze fortschreiben.

Sie soll „Mut zum Frieden“ und „Mut zur Veränderung“ machen. Auch in Mecklenburg-Vorpommern ist nichts wichtiger als Frieden. Wir, die PDS, unterstützen diesen „**Mut zum Frieden**“ – mehr noch, wir leben diesen Mut. Und Mut zum Verändern?

**Auch Mut zur Veränderung brauchen wir.** Reformen brauchen wir. Und die PDS hat konkrete Reformvorschläge auf den Tisch gelegt. Wir brauchen eine gerechte Steuerreform, die Rückkehr zum bewährten Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit. Wir brauchen die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftsteuer, die Beseitigung von nicht gerechtfertigten Vergünstigungen, von Schlupflöchern. Weitere Steuergeschenke und Subventionen für Großunternehmen und Vermögende brauchen wir nicht. Wir brauchen eine gerechte Gemeindefinanzreform, die den Kommunen Einnahmen sichert – und dies so schnell wie möglich. Eine kommunale Infrastrukturpauschale muss her. Eine Gemeindefinanzreform, die den Kommunen nicht einen Cent mehr bringt, brauchen wir nicht. Wir brauchen eine gerechtere Verteilung von Arbeit, den Abbau von Überstunden und eine Verringerung der Arbeitszeit. Billiglöhne und die Auf-

weichung von Tarifverträgen brauchen wir nicht. Wir brauchen eine gerechte und solidarische Gestaltung des Sozialstaates. Alle Bürgerinnen und Bürger, auch Beamte und Selbstständige, sollten in die Sicherungssysteme einzahlen. Die Sozialabgaben der Unternehmen sollten an die Wertschöpfung gekoppelt sein. Den Abbau des Sozialstaates, mehr Zwang für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger und eine weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes brauchen wir nicht. Wir brauchen weitere Solidarität, um ein Innovationsprojekt Ost zu realisieren. Ein Innovationsprojekt, das gesetzliche Sonderregelungen zum Beispiel im Steuerrecht zulässt. Ein Innovationsprojekt, das Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik regionalisiert und verzahnt sowie öffentlich geförderte Beschäftigung ermöglicht. Schallende Ohrfeigen brauchen wir im Osten nicht.

Die Bundesregierung will die Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung vom einzelnen fordern. Soweit so gut. Aber warum gilt dies ausgerechnet nur für Arbeitslose, Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger, Kranke, Rentnerinnen und Rentner? Warum bleibt es gegenüber Unternehmen und Vermögenden bei bloßen Appellen und Bitte-Bitte? Das hat doch auch bisher nichts gebracht.

**Die rot-rote Landesregierung will gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern ein modernes und sozial gerechtes Mecklenburg-Vorpommern schaffen.** Wir leben jedoch nicht in einem Vakuum. Entscheidend sind dabei auch die Bedingungen, die Bundespolitik schafft. Und es ist unsere Aufgabe, ja Pflicht, entsprechende Weichenstellungen immer wieder einzu-

fordern.

## **Bildungsoffensive**

In die richtige Richtung geht die Unterstützung im Bereich Bildung. Den Ländern wird der Rücken gestärkt durch das Bundesprogramm für Ganztagschulen, welches mehr Chancengleichheit in Bildung und Ausbildung ermöglicht. Ziel ist es, das Ganztagsangebot auszubauen, insbesondere auch in Kitas und Horten. Auch wir werden in die Köpfe investieren, vor allem in die kleinen Köpfe. So entsteht mit der Novellierung des Kindertagesstättengesetzes eines der modernsten Bildungs- und Betreuungsangebote im frühkindlichen Bereich.

## **Gemeindefinanzen**

Ein positives Signal in Richtung unserer Kommunen ist, dass sie von der Zahlung in den Flutopferfonds freigestellt werden. Das reicht jedoch bei weitem nicht aus. Wir brauchen ein kommunales Investitionsprogramm, das frisches Geld in die Kassen bringt. Die Misere unserer Kommunen kann nicht durch ein neues Kreditprogramm behoben werden. Dagegen kann das 8-Milliarden-Euro-Programm für private Wohnungsbausanierung durchaus wirtschaftsfördernd wirken. Ein weiteres positives Signal ist die wiederholte Ankündigung des Bundeskanzlers, dass die Gemeindefinanzreform zum 1. 1. 2004 in Kraft treten soll.

**Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe** Gravierend wird sich die geplante Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auswirken – und zwar, ich zitiere: „einheitlich auf eine Höhe, die in der Regel dem Niveau der Sozialhilfe entspricht“. Das bedeutet doch nichts anderes als die Auflösung des Systems der Arbeitslosenhilfe.

SPD und PDS sind sich ei-

nig, die Zusammenlegung darf nicht auf dem Niveau der Sozialhilfe und zu Lasten der Kommunen erfolgen. Damit wir wissen, worüber wir sprechen: 100 000 Menschen in Arbeitslosenhilfe - durchschnittliche Arbeitslosenhilfe - 469 Euro, 44.000 Menschen in Sozialhilfe – Hilfe zum Lebensunterhalt 279 Euro. Dies verschlechtert nicht nur die Lebenssituation jedes einzelnen, sondern würde in unserem Land zu einem Kaufkraftverlust von 228 Millionen Euro im Jahr führen.

Große Sorgen macht uns die vorgesehene Einteilung der Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger in Erwerbsfähige, die durch die Bundesanstalt für Arbeit betreut werden sollen, und die Nicht-Erwerbsfähigen, die bei den Kommunen verbleiben. Und was sollen jene Menschen tun, die aufgrund ihrer persönlichen Lebenssituation weder in dem einen noch in dem anderen Hilfesystem Platz finden?

Unerträglich und nicht zu akzeptieren ist die Begrenzung des Arbeitslosengeldes für die unter 55jährigen auf 12 Monate und die über 55jährigen auf 18 Monate.

Insgesamt müssen wir leider feststellen, dass trotz der durchaus positiven Ansätze in der Agenda 2010 das Gros der geplanten Maßnahmen vor allem auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf Kosten der sozial Schwachen – Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger, Kranke und Alte – gehen soll. Das ist **keine** zukunftsfähige Reform. Wir müssen alles daran setzen, die Schieflage in der „Agenda 2010“ zu korrigieren. **Denn genauso wichtig wie der Frieden nach außen ist der Frieden nach innen, der soziale Frieden.**

Angelika Gramkow

## Aussprache zur Tätigkeit des Stasi-Beauftragten im Landtag

Auf der letzten Landtagssitzung stand auf Antrag der CDU eine Aussprache zur Tätigkeit des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen auf der Tagesordnung. Dazu hier ein Auszug der Rede des PDS-Abgeordneten **Peter Ritter**:

„... Die PDS hat immer betont, betont es auch heute und wird es weiterhin sagen: Die Tätigkeit des Landesbeauftragten ist wertvoll und nötig, soweit sie dem gesetzlichen Auftrag entspricht. Selbstverständlich ist und bleibt die Beratung von Rat- und Rechtssuchenden bei der Einsicht in Stasiunterlagen eine aktuelle Aufgabe, die so im Gesetz steht. Und wir haben auch großen Respekt vor jener Tätigkeit, die der Landesbeauftragte zur psycho-sozialen Beratung mit Leidenschaft und Hingabe leistet. Auch das ist gesetzlicher Auftrag. Dies dient in der Sache der Hilfeleistung für Ratsuchende und der Rehabilitation und Betreuung von Opfern politischer Gewalt - wozu nicht nur Opfer der Stasi gehören. Doch diese Arbeit kann nicht

allein auf die Schultern des Landesbeauftragten gelegt werden.

In diesem Zusammenhang aber bleibt nun die Frage, ob das Amt für Rehabilitation und die Leistungsämter - da der Landesbeauftragte sich das alles auf den Tisch lädt - objektiv das leisten, wozu sie geschaffen worden sind.

Um das alles geht es der CDU jedoch nicht. Es geht ihr um die von der Koalition angestrebte Neuordnung der politischen Bildung und der dabei hineininterpretierten Absicht zur Abschaffung der Behörde. Das eignet sich zwar prima zur Stimmungsmache, entspricht aber nicht ganz den Realitäten.

Im Gesetz steht, dass es sich erstens um die politische und historische Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes handelt, dass dies zweitens im Rahmen seiner Aufgaben und drittens in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung zu erfolgen hat. Das Gesetz ist klar. Es kann nicht sein, dass der Landesbeauftragte Psychologe, Kommu-

nikator und Ratgeber für Akteneinsicht, Gutachter in Stasi-Angelegenheiten, Geschichtslehrer, Historiker und was weiß ich noch in einem ist.

Die PDS-Fraktion geht davon aus, dass der Landesbeauftragte nach dem Ausführungsgesetz in der Ausübung seines Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen ist. Er ist für fünf Jahre gewählt. Die Beibehaltung oder Abschaffung der Einrichtung des Landesbeauftragten ist eine Frage der politischen Willensbildung im Landtag. Wir gehen davon aus, dass die Aufgaben in der Betreuung, zur Unterstützung bei der Akteneinsichtnahme und bei der Aufarbeitung des MfS-Erbes weiterhin gemacht werden müssen. Allerdings ist es unseres Erachtens schon seit langem angebracht, über den institutionellen Rahmen nachzudenken...“

(Die vollständige Rede finden Sie auch im Internet-Angebot der Fraktion: [www.PDS-im-Landtag-MV.de](http://www.PDS-im-Landtag-MV.de))

## Angebot an die Kommunen ist fair

Die Koalitionsfraktionen haben sich darauf verständigt, die Mindestausstattung für die Kommunen in Höhe von 1,273 Millionen Euro weiterhin zu garantieren und die kommunale Infrastrukturausschule in Höhe von 76,26 Millionen Euro zu gewähren – und dies trotz der dramatischen Steuerausfälle des Landes.

„Für die PDS-Fraktion hatte die Planungssicherheit für die Kommunen bei den Verhandlungen zum Nachtragshaushalt Priorität“, erklärte die PDS-Fraktionsvorsitzende **Angelika Gramkow**.

Die CDU forderte bei der abschließenden Beratung des Nachtragshaushalts im Landtag die Wiedereinrichtung eines Fonds für die Kommunen in Höhe von 6,9 Millionen Euro beim Innenministerium. „Angesichts der hohen Mindereinnahmen des Landes von fast 400 Millionen Euro konnte dem Antrag nicht entsprochen werden, so wünschenswert die Realisierung des Vorschlags wäre“, sagte Gramkow.

Viel wichtiger ist nach Auffassung der PDS, dass möglichst rasch eine Gemeindefinanzreform auf Bundesebene auf den Weg gebracht wird.

## Mecklenburg-Vorpommern braucht kein Bombodrom

Bereits am 30.5.2002 folgte der Landtag einem Antrag von Abgeordneten aller drei Fraktionen und lehnte die Planungen für einen Luft-Bodenschießplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide ab. Die Landesregierung wurde aufgefordert, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um die Interessen des Landes gegenüber der Bundesregierung durchzusetzen. Das hieß damals und heißt heute, das Bombodrom abzulehnen.

Die Sprecher der Aktionsgemeinschaft „Freier Himmel“ waren in der letzten Woche Gäste der PDS-Fraktion und bestätigten aktuelle Meldun-

gen: Laut dem verteidigungspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Arnold, liegen die Pläne zur Wiedernutzung des Übungsplatzes offenbar unterschriftsreif vor. Aktueller Anlass also, dieses wieder im Landtag zu thematisieren.

Inzwischen hat sich in dieser Region etwas entwickelt, woraus die Menschen Hoffnung schöpfen. U. a. eine touristische Infrastruktur rings um den Müritz-Nationalpark und die Mecklenburgische Seenplatte. Vieles, was die Bürgerinnen und Bürger mit viel Elan und Mühe aufgebaut haben, würde mit dem Bombodrom in Frage gestellt.

Und darum demonstrieren Bürgerinnen und Bürger dagegen. Wichtig ist Öffentlichkeit. Wichtig ist die Unterstützung der Bürgerinitiativen „Freie Heide“ und „Freier Himmel“. Mit der breiten Zustimmung im Landtag sollte nicht stehengeblieben werden. Tourismus-, Umwelt- und Wirtschaftsausschuss sollten mit dem Brandenburgischen Landtag in Verbindung treten, um auch über diesen Weg Unterstützung zu finden. Wir sollten die IHK zu Neubrandenburg zu erneuten Protesten genauso ermuntern, wie die Planungsregion „Mecklenburgische Seenplatte“. Die Oberbürgermei-

ster der Städte Rostock und Neubrandenburg sowie die Vertretungen beider Städte sollten sich in die Proteste einreihen und deutlich machen, dass ihre Regionen nicht Ausgangspunkt der Bombenabwurfübungen sein wollen.

**Peter Ritter**

**Besuchen Sie die PDS-Bundestagsabgeordnete  
Petra Pau unter  
[www.petrapau.de](http://www.petrapau.de)**